

Grüne wollen Einwände bündeln

Kreisverband sieht bei der geplanten Stromtrasse vor allem den Kreis in der Pflicht



Kritisieren Einschränkung der Bürgerrechte: Die Grünen-Politiker Uwe Rottermund (v. l.), Martina Denkner und Hans Georg Harrer in der Nähe der 380.000-Volt-Leitung in Bökendorf. FOTO: DAVID SCHELLENBERG

VON DAVID SCHELLENBERG

■ Bökendorf/Kreis Höxter. Für die Grünen ist es ein Balance-Akt: Sie sind Vorkämpfer einer neuen Naturschutz- und Klimapolitik und stärkste Befürworter erneuerbarer Energien. In der viels diskutierten Stromtrasse Sued-Link, die auch durch den Kreis Höxter führen soll, sehen sie aber ein großes Problem und wollen insbesondere den Kreis in die Pflicht nehmen.

„Dass, was wir jetzt erleben, ist nicht unsere Energiewende“, sagt Martina Denkner, Kreistagsabgeordnete der Grünen. Sie plädiert für eine Energiepolitik „von unten“, die die Bürger von Anfang an mit einbezieht. Mit dem von der damaligen CDU-FDP-Bundesregierung sogenannten Netzausbau-Beschleunigungsgesetz werde jedoch das Gegenteil praktiziert: Durch beschränkte Widerspruchsrechte würden Bürgerrechte beschnitten, monieren die Grünen im Kreis Höxter. „Wer es eilig hat, braucht Geduld“, meint Denkner mit Blick auf das beschleunigte Verfahren. Hans-Georg Harrer, Ortsverbandssprecher der Grünen in Brakel, sieht darin sogar eine Gefahr für Rechtsstaat und Demokratie. „Die Politikverdrossenheit

wächst“, warnt er.

Trotz der deutlichen Kritik an dem Gesetz glaubt der Grüne Kreischef Uwe Rottermund nicht an eine Änderung der Rechtsgrundlage, die auch den geplanten Bau der Süd-Link-Trasse betrifft. Deshalb sei es jetzt einerseits wichtig, die Bevölkerung umfassend zu informieren und in allen Planungsphasen intensiv zu beteiligen, andererseits aber auch die Sorgen und Befürchtung der Bürger aufzunehmen und zu bündeln. Die Grünen sehen bei dieser Aufgabe insbesondere den Kreis und die Städte in der Pflicht. „Wir plädieren für die

Wechselstrom auswirken“, sagt Denkner und erinnert an die Anti-AKW-Bewegung, die nur erfolgreich gewesen sei, weil man sich umfassend informiert habe und fundiert mitreden konnte.

Zudem, so fordern die Grünen, müsse es beim Kreis einen Ansprechpartner für die Öffentlichkeit geben, der bereits jetzt mit dem Sammeln und Ordnen der Einwände beginne. Denn wenn der Netzbetreiber Tennet den Antrag bei der Bundesnetzagentur stellt, bleiben nur vier Wochen Zeit, um einen sachlich fundierten Widerspruch einzulegen. „Es sollte al-

politischen Druck zu erhöhen, sondern auch, um vielen die Möglichkeit zum Klagen zu eröffnen. Wichtig sei es, dass der Kreis jetzt nicht nur reagiere, sondern auch aktiv agiere, um den Prozess selbst zu steuern. Dass sich der Kreis auch juristisch um Einblick in die Planungsunterlagen bemühe, sei richtig.

An die Bundesnetzagentur hingegen geht die Forderung, sofort mit einer verantwortungsvollen Feedback-Kultur zu beginnen, die transparent darstellt, wie Bürgeranliegen und Stellungnahmen in den verbliebenen Stufen ins Verfahren einfließen werden. „Dazu gehört vor allem eine vollständige Darstellung der Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Planung bei allen noch folgenden Stufen als Bringschuld der Bundesnetzagentur“, so die Grünen. Schon vor zwei Wochen regte die Energieexpertin der Grünen im Landtag NRW, Wibke Brems, bei einem Besuch in Bökendorf einen Runden Tisch mit Bürgerinitiativen, Wirtschaftsministerium, Bundesnetzagentur und Tennet an.

Dass die Trasse in irgendeiner Form kommen werde, daran zweifeln die Grünen kaum. Deshalb fordern sie einen verbesserten Wohnumfeldschutz sowie eine verstärkte offene

Diskussion um Technologiealternativen wie die Möglichkeit der Erdverkabelung. Außerdem müsse man sich intensiv mit Fragen des Mehrwerts, wie die gleichzeitige Verlegung von Internetkabeln mit großen Kapazitäten, sowie Fragen von Ausgleichszahlungen beschäftigen.

Alle Fragen müssten in einem offenen und ehrlichen Dialog mit den Bürgern angesprochen werden. „Wir wünschen uns, dass die Demokratie gestärkt aus dem Verfahren hervorgeht“, sagt Martina Denkner. „Im Moment sieht es aber leider nicht danach aus.“

»Wir wünschen uns, dass die Demokratie gestärkt hervorgeht«

Einrichtung von Bürgerbüros in den Städten“, sagt Denkner. An diese sollten sich die Bürger mit all ihren Fragen und Einwänden wenden können.

Die Kreisverwaltung müsse hingegen die Rolle des Organisators übernehmen sowie für sachliche und fachliche Informationen insbesondere zum Thema elektrischer und magnetischer Felder, aber auch zum Verfahrensablauf des Trassenausbaus sorgen. „Es geht um technisches Know-how und die Frage, wie sich Gleich- und

les gesammelt und vorgebracht werden, auch wenn es zurzeit noch so nebensächlich und nichtig erscheint“, sagt Rottermund. Denn nur das, was schriftlich gegen die Trasse vorgebracht werde, könne später vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt werden.

Die Einwände sollten, so schlägt Denkner vor, an vielen öffentlichen Orten in den Städten des Kreises ausgelegt werden, damit möglichst viele Bürger unterschreiben können. Dies sei nicht nur sinnvoll, um den

INFO

Haase in Bökendorf

- ◆ Der heimische Bundestagsabgeordnete Christian Haase (CDU) kommt am heutigen Donnerstag, 24. April, nach Bökendorf.
- ◆ Beginn der Veranstaltung ist um 20 Uhr in der Gaststätte Möhring.
- ◆ Es geht um ein Austauschgespräch mit allen interessierten Bürgern zum Thema Sued-Link-Stromtrasse durch den Kreis Höxter.